FIGHT BACK!

ANTIFASCHISTISCHES (JUGEND) INFO BRAUNSCHWEIG



NR. 34 **JULI/AUGUST 2006**

Die Braunschweiger Polizei deckt auf:

Linke verantwortlich für Nazi-Überfälle - Falken schüren „Angst“ und „Unsicherheit“

Wer die Zeitung aufschlägt, oder die Nachrichten im Radio oder Fernsehen verfolgt, dem kann es gar nicht entgehen: Wieder einmal ist das Thema „Rechtsextremismus“ in aller Munde. Ein ehemaliger Regierungssprecher erklärt plötzlich, dass es so etwas wie „No go areas“ gibt (also Gegenden, die man als Linker, Punk, oder mit dunkler Hautfarbe besser meiden sollte - weil man dort in Gefahr gerät von Nazis überfallen zu werden). Eine Tasache, die AntifaschistInnen schon lange bekannt ist, die bisher aber von bürgerlichen Politikern meist verleugnet wurde.

Selbst der Bundestagspräsident zeigt für ein CDU-Mitglied ganz unvermutete Einsichten: „*Wir haben hier diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem Entsetzen Über solche Ereignisse* [gemeint sind Nazi-Überfälle] *und dem gleichzeitigen Vorwurf an Leute, die sich persönlich engagieren, die dann auch handfest intervenieren, dass dies aber auch völlig unangemessen sei, dass das im übrigen wenn Aufgabe der Polizei sei, dass das aber nicht durch individuelle Aktivitäten gelöst werden könnte ... Ein Teil der jetzt auch in unserem Gespräch eingeforderten Zivilcourage beginnt damit, Sachverhalte als Sachverhalte zur Kenntnis zu nehmen, nicht unangenehme Tatsachen zu überdecken, weil sie einem unangenehm sind.*“ (Interview auf Deutschlandfunk am 23.05.2006).

Haben die Politiker plötzlich ihr antifaschistisches Herz entdeckt? Wohl kaum. Im Vordergrund steht wieder einmal die Sorge um das „*Ansehen Deutschlands im Ausland*“. Schließlich steht die WM mit dem schönen Motto „*Zu Gast bei Freunden in Deutschland*“ vor der



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.
V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

Tür. Man fürchtet, dass der eine oder andere Gast von Nazis durch die Straßen gejagt werden könnte - und damit schlechte Schlagzeilen in der ausländischen Presse. Und so kommen die Aufforderungen, angesichts faschistischer Gewalt nicht wegzusehen und „Zivilcourage“ zu leisten, derzeit quer durch alle allen politischen Richtungen.

Und in Braunschweig?

Hier ermittelt der Staatsschutz unterdessen gegen die Jugendorganisation „Die Falken“. Diese hatte neine Chronologie von Nazi-Überfällen in Braunschweig seit Februar 2006 veröffentlicht (siehe www.de.indymedia.org/2006/05/146020.shtml). Ermittlungen der Polizei hätten ergeben, „*dass von den zwei Dutzend geschilderten Fällen bislang lediglich sieben angezeigt wurden. Davon könnten nur in drei Fällen rechtsextreme Motive nicht ausgeschlossen werden. Bei den anderen vier Straftaten handele es sich um Fälle, die, so die Polizei, eher dem ‘linken Spektrum zuzuordnen’ seien*“ (Braunschweiger Zeitung vom 20.05.06). Dies sei, so der Staatsschutz „*Vortäuschen von Straftaten*“. Die Falken würden „*mit ihren Äußerungen und durch ihr Verhalten Angst und Unsicherheit schüren*“, so Polizeisprecher Grande.

Es ist also eine Straftat, wenn man Naziüberfälle dokumentiert? Es sind also nicht die Nazis, die mit ihren Angriffen „*Angst und Unsicherheit*“ schüren, sondern diejenigen, die das öffentlich machen? Es sind also „*Linke*“ von denen die Nazi-Überfälle ausgingen? Noch alles klar, Herr Kommissar?

Dass viele der von den Falken geschilderten Nazi-Überfälle der Polizei nicht bekannt sind, weil die Betroffenen keine Anzeige gestellt haben, verwundert nicht. Das heißt noch lange nicht, dass es sie nicht gegeben hat. Es gibt viele gute Gründe keine Anzeige zu erstatten. Es ist schon häufiger vorgekommen, dass Betroffenen zum einen von der Polizei ganz einfach nicht geglaubt wurde, oder sie sich ganz plötzlich selbst als Angeklagte vor Gericht wiedersahen. Dann nämlich, wenn die Nazis gleichzeitig ebenfalls Anzeige erstattet haben und einfach behaupten, sie wären angegriffen worden. (Das erklärt auch, warum die Polizei davon spricht, dass ein Teil der Vorfälle angeblich der „*linke Szene*“ zuzuordnen seien. Die Nazis haben Anzeige gestellt, nachdem sie bei ihren Überfällen auf Gegenwehr gestoßen waren).
Wenn jemand eine Anzeige erstattet, dann kommen außerdem die Nazis ganz einfach an Namen und Adresse des Anzeigenden. Es wäre nicht das erste Mal, das Zeugen dann von Nazis massiv bedroht werden.

„*Man kennt sich, trifft sich, trinkt, dann kommt es zu Übergriffen*“

Alles erlogen und erfunden was die Falken dokumentiert haben? Die Polizei weiß von nichts, hat nix mitbekommen, oder ist ganz einfach etwas blind auf dem rechten Auge?

Schauen wir mal, was der Herr Polizeisprecher kurz zuvor in der Braunschweiger Zeitung geäußert hat: „*Tatsächlich gebe es neuerdings eine kleine Gruppe junger Erwachsener (sie sei der Polizei weitestgehend bekannt), die Auseinandersetzungen suche. Ein politischer Hintergrund sei nicht auszuschließen. Polizeisprecher Joachim Grande auf Anfrage: ‘Sie geben sich aber nicht als Nazis zu erkennen, tragen keine Bomberjacken und Springerstiefel ‘ Es gebe keinen harten Kern, Alkohol spiele eine große Rolle. ‘Man kennt sich, trifft sich, trinkt, dann kommt es zu übergriffen gegen Leute, die nicht ihren Vorstellungen entsprechen, meist Farbige und Punker.’ Vorkommnisse gebe es regelmäßig vor einer Diskothek. Die jungen Leute seien Überall in der City unterwegs, auch beim Fußball.*“

So, so. Was Grande hier äußert, ist eigentlich genau das, was die Falken dokumentiert haben. Denn es ist genau diese Gruppe „*junger Leute*“, die für die meisten der geschilderten Überfälle verantwortlich sind.

Dass die meisten Nazis schon lange nicht mehr dem Klischeebild des dumpfen, kahlgeschorenen Skinheads mit Bomberjacke, Springerstiefel und Hakenkreuzarmbinde entsprechen, sollte sich eigentlich inzwischen auch bis zum letzten Dorfpolizisten herumgesprochen haben (und dass nicht alle Skinheads Nazis sind eigentlich auch). Vielleicht sollte Polizeisprecher Grande mal die Presse-



Matthies Müller (Pfeil) bei einer NPD-Kundgebung am 13.05.06 in Göttingen

mitteilungen aus seinem eigenen Hause lesen: „*Rechtsextreme haben eine neue Masche: Sie geben sich harmlos und nett. Das ist nicht immer leicht zu durchschauen ... Gegen den Rechtsextremismus vorzugehen ist sehr wichtig ... Gefährlich sind dabei meist vor allem die, die am wenigsten gefährlich aussehen. Sie geben sich harmlos und hilfsbereit. In Wahrheit jedoch sind sie die geistigen Brandstifter*" (Pressemitteilung der Polizei Braunschweig zur Aufklärungskampagne „Wölfe im Schafspelz" an Schulen / Quelle: www.polizeipresse.de)

„*Junge Leute*" oder ganz einfach Nazis?

Die erwähnten „*jungen Leute"* sind nicht nur „*überall in der City*" unterwegs, sondern fahren auch mal gern in andere Städte. Immer dann, wenn dort ein NPD-Aufmarsch stattfindet. So war z.B. **Matthies Müller** - einer dieser „*jungen Leute*" - sowohl beim NPD-Aufmarsch am 29.10.05 als auch am 13.05.06 bei einer NPD-Kundgebung in in Göttingen. Obwohl er eher Anhänger der sogenannten „**Freien Nationalisten**" ist (die sich unabhängig von Parteien wie der NPD in „Kameradschaften" organisieren), will er die NPD im Kommunalwahlkampf in der Region aktiv unterstützen. Ein weiterer „junger Mann" ist z.B. **Jörg Siemens**, der zusammen mit anderen Nazis der „**Okerfront Wolfenbüttel**" im Herbst 2002 eine Moschee in Wolfenbüttel mit Brandsätzen bewarf. Bei den „*jungen Leuten*" wurde auch ein Sohn des **Meinhardt**-Clans gesichtet: Die Familie Meinhardt wohnte lange Zeit im Madamenweg 156. Die Söhne gehörten fast allesamt zur Nazi-Bande vom Madamenweg, die dort vor ein paar Jahren ihr Unwesen trieb. Der Spielplatz vor ihrem Haus und die Straße erklärte diese Nazi-Bande zur „national befreiten



Müller (Pfeil) und „Kameraden" bei einem NPD-Aufmarsch am 29.10.05 in Göttingen

Zone". Regelmäßig kam es dort zu Hakenkreuzschmierereien, Abspielen faschistischer Lieder, „Sieg Heil"-Rufen und Überfällen. Nach mehreren antifaschistischen Aktionen und Protesten von Anwohner, musste die Familie ausziehen (das Haus gehörte der Stadt).

Neben diesen *„jungen Leuten"* tummeln sich in der Region noch ein paar weitere Nazis. So z.B. die Braunschweiger Sektion von „**Honour & Pride Niedersachsen**", die bisher hauptächlich durch die Organisation von Konzerten, Partys und einem Fußballturnier aufgefallen ist.



Mitglieder von „Honour & Pride Braunschweig" beim NPD-Aufmarsch am 18.6.05 in Braunschweig

Die **DVU** lädt zu Stammtischen und organisiert Busfahrten von Braunschweig zu Großveranstaltungen der Partei. Es gibt verschiedene Kameradschaften in der Region, z.B. den „**Widerstand Gifhorn**", die „**Kameradschaft Salzgitter**" und diverse Cliquen von „Nachwuchs-Nazis". In Wolfsburg existiert seit einiger Zeit ein Ableger der „**Bürgerinitiative für Zivilcourage**", für die der Nazikader **Christian Worch** aus Hamburg verantwortlich zeichnet. Auch in Braunschweig gibt es Versuche, Kameradschaften auf die Beine zu stellen. So trat beim NPD-Aufmarsch der „**Widerstand Braunschweig**" auf. Dessen diversen Internetauftritte unter verschiedenen Namen sind inzwischen alle abgeschaltet und der „Kameradschaftsführer" **Daniel Gerecke** will jetzt nach Spanien auswandern. Anfang des Jahres wurde eine Internetseite einer „**Kameradschaft Braunschweig**" ins Netz gestellt, die aber ebenfalls inzwischen vom Provider abgeschaltet wurde.

Immer wieder gibt es **Nazi-Konzerte** in der Region, wie z.B. Anfang des Jahres in Wenden oder vor ein paar Wochen in Gifhorn.

Kleidung der Marke „**Thor Steinar**", die von Faschisten für Faschisten produziert wird, kann man inzwischen ganz offen in Braunschweig kaufen. Von Cremlingen aus vertreibt **Marc Stange** - der früher zum Umfeld der inzwischen verbotenen Nazipartei FAP gehörte und mehrmals an Überfällen beteiligt war - eine eigene rechte Modemarke. Stange unterhält gute Kontakte zur „Kameradschaft Celle" und ist häufig auf Aufmärschen anzutreffen.

Bei **Salzmann** und anderen Geschäften wird die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ und die neurechte „Junge Freiheit“ trotz mehrerer Protestaktionen weiter verkauft.

Und dann wäre da noch die **NPD** zu nennen, die gerade dabei ist ihre Strukturen in der ganzen Region weiter auszubauen. Regelmäßig findet in Braunschweig ein **NPD-Stammtisch** statt, im Internet ist der NPD-Unterbezirk mit einer eigenen Seite und einem Diskussionsforum vertreten. Immer wieder wird an Schulen Propagandamaterial verteilt, wie z.B. auch die kostenlose **„Schulhof-CD“** mit Rechtsrock. Während die NPD in den ländlichen Gegenden rund um Braunschweig inzwischen ganz offen und selbstbewusst auftritt und auch mit einigen Kandidaten zur Kommunalwahl antritt, ist Braunschweig noch das Sorgenkind der NPD. So wird sie hier nicht zur Wahl stehen, weil sie keine geeigneten Kandidaten finden konnte. Man traut sich hier (noch) nicht, Infotische durchzuführen und offen aufzutreten. Das ist so, weil sie genau wissen, dass es hier - anders als auf dem Lande - Gruppen gibt, wie z.B. die Falken, oder die Jugend Antifa Aktion (JAA), und viele andere Menschen, die sich ihnen in den Weg stellen (man denke nur an die Tausende die am 18. Juni 2005 gegen die NPD auf die Straße gegangen sind).

Wasser auf die Mühlen der Faschisten

Um so mehr freuen sich nun NPD und andere Nazis Über die Ermittlungen der Polizei gegen die Falken. Diese sind geradezu Wasser auf die Mühlen der Faschisten, die sich nach außen hin gerne brav und bieder geben und jede Verantwortung für faschistische Gewalttaten weit von sich weisen.

So beschwert sich **Andreas Molau** (ehemaliger Lehrer der Waldorfschule Braunschweig, Stellvertretender Chefredakteur der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ und Pressesprecher der NPD UB Braunschweig) in einer Pressemitteilung, dass der NPD vorgeworfen würde, sie hätte etwas mit „rechten“ Schlägern zu tun. Dabei tummeln sich im NPD-Forum bekannte „rechte Schläger“, bei Stammtischen der NPD sitzt man Seite an Seite, zu Aufmärschen fährt man gemeinsam und marschiert nebeneinander her. Und dass NPD-Mitglieder immer wieder an Überfällen beteiligt sind, ist auch nichts neues.

Was bezweckt die Polizei nun mit dem bewussten Leugnen der gestiegen Zahl von Nazi-Übergriffen und Aktivitäten in Braunschweig und mit der Kriminalisierung derjenigen, die das öffentlich machen?

Der Polizei ist sicher nicht entgangen, dass auch der Widerstand gegen Nazis in Braunschweig wächst. Schon der 18. Juni 2005 hat gezeigt, dass hier viele Menschen auf die Straße gehen, um einen NPD-Aufmarsch zu verhindern. Er hat gezeigt, dass Tausende es nicht einfach hinnehmen, dass die NPD - geschützt von der Polizei - durch die Straße marschieren darf. Die Polizei hat auch mitbekommen, dass rund 600 Menschen sich am „Spaziergang gegen Rechts“ beteiligten, zu dem unterschiedliche Gruppen von der DGB-Jugend, den Falken bis hin zur Antifa aufgerufen hatten. Sie hat sicher mitbekommen, dass viele Leute die Schnauze voll haben und sich gegen die Nazi-Überfälle zu Wehr setzen. Sie hat mitbekommen, dass die unterschiedlichsten Leute sich „*persönlich engagieren*“ und durchaus auch „*handfest intervenieren*“ wenn Nazis versuchen wieder einen ihrer Angriffe zu starten.

Das passt der Polizei als Vertreter des staatlichen Gewaltmonopols natürlich nicht. Es passt ihnen nicht, dass Menschen, die Opfer der Nazis werden, sich lieber an die Falken oder an andere Gruppen wenden, als an die Polizei. Es passt ihnen nicht, wenn immer mehr Leute nicht die Polizei rufen, sondern sich selbst einfach zu Wehr setzen. Deshalb versuchen sie mit allen Mitteln, antifaschistische Gruppen zu kriminalisieren und behaupten, es gäbe fast gar keine Naziüberfälle, dahinter würden sogar die „*Linken*“ selbst stecken und diese wollten nur „*Angst und Unsicherheit*“ schüren. Und es ist nicht nur die Polizei die sich den Kopf zerbricht. Schon jetzt machen sich einige Damen und Herren aus Politik und Gesellschaft



Der „Widerstand Braunschweig“ beim NPD-Aufmarsch am 18.6.05 in Braunschweig

Gedanken darüber, wie man beim nächsten NPD-Aufmarsch in Braunschweig verhindert, dass die Polizei wieder Tausende mit Wasserwerfern und Knüppeln von der Straße holen muss.

Wohlgemerkt: Sie überlegen nicht nicht, wie man die Polizei zurückhält, sondern wie die Leute davon abgehalten werden können, auf die Straße zu gehen und sich den Nazis direkt in den Weg zu stellen!

Zweimal gegen Nazis spaziert...

„*Wir wollen dafür sorgen, dass sich alle ohne Angst vor Nazi-Überfällen frei in der Stadt bewegen können*“ sagte eine Teilnehmerin des ersten Spaziergang gegen Rechts Ende April. Rund 600 Menschen waren an diesem Abend unterwegs, um gegen Nazis zu protestieren. Anlass waren die zahlreichen Angriffe von Nazis gegen Jugendliche in letzter Zeit. Mit einbrechender Dunkelheit zog der Abendspaziergang los. Der Weg führte quer durch die Innenstadt, entlang der Punkte, an denen es in der Vergangenheit zu Übergriffen kam. Der bekannte Nazi Jörg Siemens, der an einem Brandanschlag auf eine Moschee in Wolfenbüttel beteiligt war, provozierte skurilerweise ausgerechnet aus einer Dönerbude heraus die TeilnehmerInnen des Spaziergangs. Als er bemerkte, um wie viele Leute es sich handelt und nach einer unmissverständlichen körperlichen Ermahnung, bevorzugte er den Rückzug in die hinterste Ecke des türkischen Imbiss. Auch vor der Diskothek „Tango“, von der ein Teil der Überfälle ausging, stand eine Gruppe Nazis, die sich allerdings sofort zurückzog als die Spitze des Spaziergangs auf sie zulief. Die Nazi-Gäste des ungemütlichen Tanzpalastes wurden daraufhin mit lauten Rufen und Hämmern auf die Scheiben zum Rauskommen aufgefordert.



Beim zweiten Spaziergang am 17. Juni postierte die Polizei sich deshalb auch mit mehreren Hunden vor den Eingängen zum „Tango“. Auch an diesem Freitagabend spazierten erneut ca. 300 Menschen

gegen Rechts. Diesmal wendeten sie sich nicht nur gegen die Nazi-Angriffe, sondern auch gegen das Vorgehen der Polizei, die Naziaktivitäten leugnet und herunterspielt und stattdessen gegen Linke ermittelt, welche die faschistischen Übergriffe öffentlich machen.



Insgesamt war die Stimmung bei beiden Spaziergängen sehr gut. Fast ununterbrochen schallten lautstark antifaschistische Parolen durch die Innenstadt und Hunderte, vor allem Jugendliche, machten deutlich, dass sie den Nazi-Überfällen nicht tatenlos zusehen. Obwohl die Faschisten in den letzten Monaten ein gutes Stück zurückgedrängt werden konnten und bei weitem nicht mehr derart massiv auftreten wie zuvor, müssen wir dennoch in diesem Sommer (und natürlich darüber hinaus) besonders aufmerksam sein. Wo immer die Nazis auftauchen muss ihnen entschlossen entgegengetreten werden, die Spaziergänge waren ein mehr als gelungener Anfang!

Soli-Konzert für das Bündnis gegen Rechts

Wow, das war ein Abend. An die 1000 Leute feierten am 29. April in der Skatehalle „Walhalla“ zu Ska und Punk-Musik für einen guten Zweck. Zur Unterstützung des Bündnis gegen Rechts wurde ein Soli-Konzert organisiert. Das erstklassige musikalische Programm des Abends wurde mit Boxing Fox aus der Region eröffnet, die mit Offbeats, Punkriffs und gekonnten Bläsereinsätzen einheizten. Nach ihnen betrat Opcio K-95 aus Barcelona die Bühne, die den Leuten schnellen Oi-Punk mit deutlichen antifaschistischen Texten um die Ohren hauten. Eine wahre Freude für alle Freunde des Streetpunk der härteren Gangart! Für die gut gelaunte und tanzfreudige Menge war der Abend noch lange nicht vorbei, denn Obrint Pas aus Valencia brachten die Skatehalle zum beben. Mit ihrer Mischung aus Ska, Latin, Reggae, Hardcore, Punk und wohl noch vielem mehr verhalf die

sechsköpfige Band selbst notorischen Nichttänzern zu der einen oder anderen Bewegung. Nicht nur ihre Musik ist ein Genuss für die Ohren, sondern auch ihre meist auf katalanisch gesungenen Liedtexte. Sie beschäftigen sich mit Rassismus, Krieg und den Auswirkungen des Kapitalismus und verkörpern zugleich die Hoffnung, dass eine andere, solidarische Welt möglich ist. Am Ende des Konzerts verließen Obrint Pas die Bühne, spielten mit ein paar Instrumenten im Publikum weiter und sangen zusammen mit den mittlerweile sichtlich erschöpften, aber nach wie vor super gelaunten ZuschauerInnen alte Widerstandslieder. Ein gelungener Abschluss für eine mehr als gelungene Veranstaltung!

Ein Stich ins Wespennest...

In wohl kaum einer anderen Region der BRD gibt es eine so starke organisierte Nazi-Szene wie im Harzer Raum Wernigerode, Halberstadt und Quedlinburg. Regelmäßig werden linke Jugendliche überfallen, ein unabhängiges Jugendzentrum wurde ebenso wie eine Antifa-Demo in Halberstadt angegriffen. Doch jetzt wächst der Widerstand. Am 27. Mai fand in Wernigerode eine antifaschistische Demonstration mit rund 800 Teilnehmern unter dem Motto „Den Nazis auf die Pelle rücken - antifaschistische Jugendkultur stärken“ statt. Obwohl die NPD, JN und Kameradschaften aus Wernigerode und der Region angekündigt hatten die Demo anzugreifen, konnten die AntifaschistInnen ihre Veranstaltung ungestört durchführen. Die Nazis schafften es lediglich knapp fünfzig Personen zu einer Gegenkundgebung zu mobilisieren. Bis auf einen kläglichen Versuch, die Demo mit einer Wasserbombe und einem Böller zu stören, war von den Nazis trotz der großspurigen Ankündigung an diesem Tag nicht viel zu sehen.



Erneut Tausende gegen Nazis in Göttingen

Beim Nazi-Aufmarsch im Oktober letzten Jahres in Göttingen gab es noch einige Freiräume für das Agieren von kleineren und größeren Gruppen von AntifaschistInnen. Damals gelang es durch Barrikaden und Blockaden auf der Nazi-Demo-Route und durch direkte Aktionen gegen die Nazis, die Polizei zum Abbruch des Aufmarsches nach nur knapp 200 Metern zu zwingen. Die Nazis kündigten an wiederzukommen und das taten die 150 Nazis, welche die NPD und Kameradschaften für ihren Wanderzirkus in der Region zusammenkriegen, am 13. Mai dann auch. Für ihre Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz konnten sie sich des entsprechenden Schutzes der Polizei sicher sein. Diese erhöhte aufgrund der Ereignisse vom letzten Mal ihr Aufgebot auf rund 6000 Beamte und drangsalierte mit umfangreichen Kontrollen alle, die zur Demo gegen die Nazikundgebung wollten. An nahezu jeder Ecke des ansonsten so idyllischen Studentenstädtchens belagerten



Scharen von Polizisten den Gehweg und durchsuchten akribisch genau die Leute. Trotz der polizeilichen Schikanen beteiligten sich rund 6000 (andere Schätzungen sagen 8000) Menschen an der Demo des Göttinger „Bündnis gegen Rechts“. Ein Versuch der Polizei, den Antifa-Block vom Rest der Demo zu trennen, konnte aufgrund des solidarischen Ver-



haltens der Bündnisdemo verhindert werden. Die Kundgebung der Nazis war ein einziges Trauerspiel. Nachdem sie am Bahnhof ankamen und von ca. 100 Leuten mit „Nazis-Raus“-Rufen und fliegenden Kaffeebechern empfangen wurden, fuhren sie nach einigen kurzen Reden auch schon wieder ab. Tausende Polizisten hielten dabei den Nazis den Rücken frei und sorgten dafür, dass so gut wie keine AntifaschistInnen auch nur in die Nähe der Nazis kamen. Wie einfach wäre alles ohne diesen riesigen Polizeiaufmarsch gewesen.

„Kein Geschäft mit faschistischer Hetze - Stoppt den Verkauf von Nazi-Zeitungen!“...

...war auf Flugblättern und einem Transparent vor dem Zeitschriftenhandel Salzmann in der Burgpassage zu lesen. Es war das zweite Mal in diesem Jahr, dass dort gegen den Verkauf der Zeitungen „Deutsche Stimme“ (das Parteiorgan der NPD) und der „Junge Freiheit“ protestiert wurde. Die „Junge Freiheit“ ist eine parteiübergreifende Zeitung der sogenannten neuen Rechten. Sie versucht durch vermeintlich seriöses und intellektuelles Auftreten faschistische Inhalte salonfähig zu machen und bedient dabei die konservative „Braunzone“ bis hin zu offensichtlichen Nazis. Nach einer ersten Protestaktion Ende März hatte Salzmann die Zeitungen vorübergehend aus dem Programm genommen. Da sie aber schon nach wenigen Wochen wieder auftauchten, wurde erneut vor Salzmann protestiert. Nach zwanzig Minuten erschien die von Salzmann gerufene Polizei und erteilte den AntifaschistInnen Platzverweise und schmiss diese aus der Burgpassage. Seit den Protesten sind die besagten Zeitungen bei Salzmann nicht mehr gesehen worden, dennoch bleibt abzuwarten, ob Salzmann die Nazi-Zeitungen dauerhaft aus dem Programm genommen hat, oder doch wieder versuchen wird, mit menschenverachtender Hetze Geschäft zu machen...



Was die Franzosen auf die Straße treibt

- Proteste gegen die Lockerung des Kündigungsschutzes in Frankreich und Deutschland

Dienstagmorgen, 7:26 Uhr - irgendwas ist komisch: schon beim Verlassen der Haustür schlägt dir Brandgeruch entgegen, die Straßenbahn kommt auch nach 20 Minuten nicht - also zu Fuß zur Schule. Dort hängen Transparente aus den Fenstern, deine Mitschülerinnen sammeln sich auf dem Schulhof (sieht fast aus wie ne Demo); währenddessen rotten sich auf der anderen Straßenseite mehrere Hunderschaften Polizei zusammen. Voll unheimlich. Endlich erblickst du deine Kumpels „Man, was'n los?!" „Tu n´as pas encore entendu? Ceux veulent détacher la protection contre le licenciement... Cést nous ne faisons pas là !!"* („Hast du noch nicht gehört? Die wollen den Kündigungsschutz lockern... da machen wir nicht mit!!")

Moment mal?! Was redet der? .. Wo bin ich ? Frankreich? Kündigungsschutz? Demo? Streik?
..schnell aufgewacht..ah, Gott sei dank, doch Deutschland..
Gerade sagt der Radiosprecher, die große Koalition habe beschlossen, dass Angestellte mit Zeitvertrag nun nicht sechs, sondern ganze 24 Monate ohne Angabe von Gründen gekündigt werden können. Klingt wie das, wogegen meine französischen (Traum)Kollegen demonstrieren wollten...

„Na, mir doch egal, ich geh ja noch´n Jahr zur Schule.. erstmal Frühstücken..."



Und so ist es immer das selbe: Schicke Autos bauen, die elektronische MPEG Datenkomprimierung erfinden, gutes Bier brauen oder Fußball zur absurdesten Wichtig-

*Anmerkung der Redaktion: das ist sicher nicht komplett richtig übersetzt.. aber bitte habt Nachsicht, wir haben Franz nach der 10ten abgewählt ;-)

keit machen - alles kein Problem... Doch wenn es mal um wichtige Dinge geht, dann besser erst mal Frühstücken.

Während in Frankreich SchülerInnen, Auszubildende, StudentInnen und ArbeiterInnen gemeinsam gegen den von Premierminister Dominique de Villepin eingeführten „Contrat Premiere Embauche“ (CPE) rebellierten, lokkert die Bundesregierung den Kündigungsschutz, ohne dass auch nur ein Hahn danach krähte.

Nach dem CPE (und auch den neuen Gesetzen in Deutschland) können 18 bis 26-Jährige (in Deutschland sogar alle Altersgruppen) während der ersten zwei Jahre des Arbeitsverhältnisses ohne Begründung und ohne Vorwarnung entlassen werden. Die BerufsanfängerInnen sind damit der völligen Willkür potenzieller Arbeitgeber ausgesetzt. Zusätzlich sind jederzeit rausschmeißbare ArbeiterInnen ein Mittel zur Lohndrückerei. Man kann sie jederzeit durch billigere ersetzen oder erpressen.

Doch die Franzosen sagten unmissverständlich: „Non!“ zum CPE. Streiks, Besetzungen von Unis und Schulen, Demonstrationen mit TeilnehmerInnenzahlen in Millionenhöhe - fast schien es, ganz Frankreich sei auf den Beinen. Die Franzosen mäkelten an dem Gesetz nicht mit dem hierzulande einzig salonfähigen Einwand herum, damit würden keine Arbeitsplätze geschaffen, als sei eine Verschlechterung schon hinzunehmen, wenn sie nur Arbeitsplätze brächte. Es war ihnen schnuppe, dass das französische Verfassungsgericht das Gesetz als verfassungskonform bestätigte. Mit dem Regierungsangebot, das Gesetz zu „entschärfen“, wollten sie



sich nicht zufrieden geben und mit dem eingebildeten Trost in Unis und Schulen zurückkehren, mit ihrem Kampf auf der Straße hätten sie „immerhin das Schlimmste“ verhindert. Sie hielten vielmehr radikal an der Forderung nach Abschaffung des Gesetzes fest.
Und mit Erfolg! - Nach wochenlangen Protesten gab die französische Regierung schließlich auf: Die Lockerung des Kündigungschutzes wurde vollständig rückgängig gemacht.

In Deutschland ist das Gesetz ohne viel Widerspruch einfach so durchgegangen. Warum hierzulande nicht ähnlich heftig gegen die Koalitionsvereinbarung Sturm gelaufen wurde, wie es beim Nachbarn der Fall war, wissen die Götter... Hat wohl mal wieder keinen interessiert. Hätte es sollen? Was passiert denn, wenn ich nach dem Schulabschluss endlich nen Job ergattert habe? Muß ich dann ständig fürchten, dass mein Chef mich nen paar Monate malochen lässt und mich wenn ihm meine Nase nicht mehr passt rauswirft.. Klingt irgendwie gar nicht gut.
Vielleicht hätt´ man da doch mal was dazu sagen sollen.. denn dass sich was bewegen lässt, wenn man nur will und viele mitmachen, hat Frankreich ja gezeigt.

Schule nervt!

Das frühe Aufstehen, der ständige Leistungsdruck durch die Noten, die vielen Stunden und der langweilige Unterricht, in dem nur allzu oft irgendein Zeug durchgekaut wird, was uns nicht im Ansatz interessiert. All das geht wohl den meisten von uns gehörig auf die Nerven! Das Bildung an sich nichts verkehrtes ist, sondern im Gegenteil, etwas was uns die Welt verstehen lässt, ist klar. Doch was Bildung in dieser Gesellschaft mit dem unabhängigen Aneignen von Wissen zu tun hat und für wen die Bildung überhaupt ihren Zweck erfüllt, lohnt sich genauer anzusehen. Denn durch so etwas wie die „Eigenverantwortliche Schule" wird der Schulalltag noch etwas beschissener und zugleich deutlicher um wessen Bildung es hier geht. Doch zunächst werfen wir einen Blick auf die allgemeine Aufgabe von Schule.

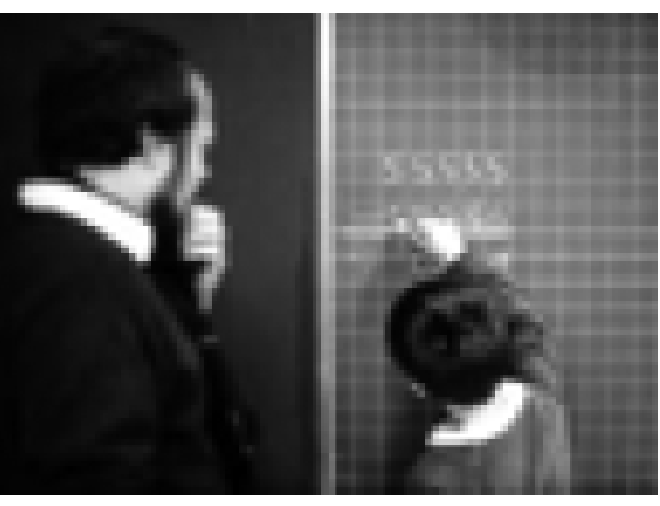
Schule, wozu überhaupt?

Schule hat schon immer die Funktion erfüllt, uns bereits nach der 4. Klasse durch die Unterteilung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium als zukünftige Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt zu selektieren. Damit wird den Ansprüchen der kapitalistischen Wirtschaftsweise gefolgt, in der wenige (studierte) Führungskräfte, einige höher qualifizierte und viele mittelmäßig bis wenig (aus)gebildeten, dafür billige, Arbeitskräfte benötigt werden. Das es einige leistungsstarke SchülerInnen gibt und welche die es weniger sind, ist nicht einfach eine Tatsache, sondern gesellschaftlich gewollt. Es sollen eben nicht alle auf ein Bildungsniveau gebracht werden, wieso sonst scheiden die SchülerInnen frühzeitig aus dem Lernprozess aus, die schlechte Noten abliefern und gerade die Besseren dürfen noch länger zur Schule gehen? Darüber hinaus vermittelt die Schule natürlich noch all die Inhalte und Verhaltensregeln, die für die Berufswelt wichtig sind, wie dass Unterordnen unter fremde Verfügungsgewalt, das Einhalten von mehr oder weniger logischen Regeln und die Tatsache das wir uns die Welt in der wir leben nicht aussuchen können, es zwar viele Probleme gibt, aber eine Kritik doch bitte konstruktiv ausfallen soll. Für den Gedanken das vielleicht alles grundsätzlich falsch ist und anders sein müsste ist dabei nur selten Platz. Schließlich sollen wir ja kein kritisches Bewusstsein entwickeln, sondern unseren Platz als arbeitswilliger und mündiger Staatsbürger einnehmen und die ganze Scheiße am Laufen halten, ob als bestverdienender Manager oder verarmter Tagelöhner. Vorausgesetzt, dass wir überhaupt einen Job finden und nicht durch unsere schulische Laufbahn

von vornherein klar ist, dass wir eh erwerbslos werden und vom Jobcenter von einer Umschulung oder Qualifizierungsmaßnahme in die Nächste gesteckt werden. Also Schule ist alles andere als eine unabhängige, interessenlose Instanz.

Mehr Eigenverantwortung?

Klingt erst einmal toll, so wie dass bei den meisten Gesetzesreformen der Fall ist. Irgendwie nach mehr Freiheit und weniger Bevormundung. Doch wer den Begriff der „Eigenverantwortung“ aus den „sozial“politischen Diskursen der Unternehmen, Regierung und Medien kennt, kann ahnen, dass es sich auch hier um nichts Gutes handelt, sondern den Leuten zusätzliche Lasten auf gebrummt werden. Mit dem Entwurf des neuen Schulgesetzes und der „Eigenverantwortliche Schule“ werden eine Reihe Befugnisse, die vorher Erlasse bzw. die Gesamtkonferenz geregelt haben, an die Schulleitung übergeben. Also Direktoren als Chefs. Außerdem sind häufigere „Qualitätskontrollen“ des Unterrichts und die Selbstverwaltung des gesamten schulischen Etats vorgesehen. Getreu dem Motto, wer zuerst kommt, mahlt zuerst, wird an der IGS FF in Braunschweig die „Eigenverantwortliche Schule“ bereits fleißig erprobt und die meisten anderen Schulen werden wohl folgen. Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, durch mehr Wettbewerb unter den Schulen und angepasste Standards die Qualität des Unterrichts und der Schule zu steigern. Ganz wie in der freien Wirtschaft sollen nun die Schulen zur Aufstockung ihrer knapp bemessen Finanzmittel auf der Suche nach privaten Sponsoren gegeneinander konkurrieren. Durch die Abhängigkeit von Sponsorengeldern steigt der Einfluss der Wirtschaft auf die Lehrinhalte, denn welches Unternehmen hat schon ein Interesse an einer Schule die z.B. herrvorragende Ergebnisse in freier Kunst und kritischen



(Gesellschafts-)Wissenschaften abliefert? Im großen Stil gesponsert werden die Schulen, von denen sich die Unternehmen eine bestmögliche Ausbildung in ihrem Sinne und positive Werbewirkung erwarten, was eine Entwicklung hin zu Eliteschulen und (finanzschwachen) „Massenschulen" beschleunigt. Dass die Idee der „Eigenverantwortlichen Schule" nicht allein auf dem Mist der Landesregierung, sondern in enger Kooperation mit der Stiftung des Medienkonzerns Bertelsmann entstand, verwundert da kaum. Nicht die Vermittlung von Wissen an die SchülerInnen und deren Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt, sondern die weitere Anpassung der Schule an die Erfordernisse der Wirtschaft.

Was schon immer Scheiße war, wird noch beschissener - doch so wie es ist, muss es nicht bleiben!

Als „Eigenverantwortliche Schule" gibt es nun einen formellen Rahmen, der die Funktion von Schule als Instanz zur Selektion und zur Anpassung an die gesellschaftlichen Verhältnisse weiter zuspitzt. Für uns Schülerinnen und Schüler heißt das auf jeden Fall, dass das Schulleben immer ätzender wird. Höchste Zeit also, die Sachen selbst in die Hand zu nehmen, den Mund aufzumachen und mal zu sagen was die SchülerInnen eigentlich wollen und nicht den Unternehmen, Politikern, Direktoren und Sozialarbeitern unser (Schul-)Leben zu überlassen. Fragt doch mal in der Schule eure LehrerInnen was Sache ist, hakt bei euren SVen nach was sie wissen und wie sie dazu stehen. Verweigert das Ausfüllen von Fragebögen in denen statistische Daten über euch gesammelt werden usw.. Es gibt eine Menge Möglichkeiten den alltäglichen Wahnsinn nicht einfach so hinzunehmen!



Donnerstag 20. Juli

Nazis wegrocken! Konzert gegen Rechts
mit Employee Of The Month (Skapunk), Milo (Punkrock),
The Villains (Skapunk) und Boxing Fox (Ska)
Einlass 20 Uhr • Eintritt 3 Euro • B 58 • Bültenweg 58

Freitag 21. Juli

Film: „Zwischen Asyl und Abschiebung“

Was heißt es als Flüchtling in Deutschland zu leben? Wie gehen die Menschen damit um, nicht zu wissen, ob sie abgeschoben werden oder Asyl bekommen? Und was heißt eigentlich „Lagerleben“? Das sind die Themen mit denen sich der Film beschäftigt. Die Dokumentation lässt die Flüchtlinge zu Wort kommen und ihre Situation aus eigener Sicht erzählen.

20 Uhr • Antifaschistisches Café

Freitag 4. August

Lecker Essen + Dessert (für 2 Euro)

20 Uhr • Antifaschistisches Café

Freitag 18. August

Film: „36. Breitengrad“

Der 36. Breitengrad ist die geografische Grenze zwischen Europa und Afrika, an der die Meerenge „Straße von Gibraltar“ verläuft Diese unsichtbare Grenze trennt die Welt des relativen Überfluss im Norden von der Armut und dem Elend des afrikanischen Kontinents. Auf der Suche nach einem sicheren und besseren Leben machen sich dort tausende von Menschen jedes Jahr auf den unsicheren Weg die Meerenge zu überwinden. Der Film erzählt davon, was die Flüchtlinge erwartet, wenn sie an der spanischen Küste ankommen. Dabei stellt er den Weg bis zu ihrer Abschiebung dem Tourismus-Idylle des Mittelmeers entgegen.

20 Uhr • Antifaschistisches Café

http://www.antifacafe.de.vu